

---

# Der demographische Wandel – eine Herausforderung für den Einzelnen und die Gesellschaft

Ursula Lehr

Unter dem Titel „Altern als Chance und Herausforderung“ haben Lothar Späth und die Landesregierung am 14. und 15. November 1988 in das Neue Schloss nach Stuttgart zu einem Kongress in der Reihe ihrer *Zukunftskongresse* eingeladen. Es galt, die vielfältigen Aspekte, die dieser Thematik innewohnen, in einer Gesamtschau aufzugreifen, neu aufgetretene Fragestellungen auf einer breiten und fächerübergreifenden Basis öffentlich zu diskutieren und ein Bewusstsein für zukünftige Problemfelder zu wecken. – Blicken wir auf die seitdem vergangenen 16 Jahre zurück, ist dies gelungen – auch wenn die Probleme noch längst nicht gelöst sind.

Mehr als eintausend Teilnehmer aus dem In- und Ausland – Wissenschaftler zahlreicher Fachrichtungen, in der Seniorenarbeit hauptberuflich Tätige und ehrenamtliche Helfer sowie interessierte Laien – haben ihre Erkenntnisse und Erfahrungen ausgetauscht und weit in die Zukunft weisende Perspektiven gesellschaftlichen Wandels und politischer Handlungsfelder eröffnet. Konzeption und Inhalt dieses Kongresses haben Beachtung weit über die Landesgrenzen hinaus gefunden.

Die Sprache von uns Wissenschaftlern scheint zu nüchtern, um gehört zu werden. Da muss erst der eloquente Frank Schirrmacher kommen und mit seinem *Methusalem-Komplott* (ein Buch, das im Grunde genommen keine

neuen Erkenntnisse bringt und nur das ausführt, was Meinhard Miegel, Leopold Rosenmayr, François Höpflinger, wir und viele andere schon vor Jahren geschrieben haben) die Politiker aufrütteln. Er hat ja Recht, wenn er sagt: „Wir müssen unsere Lebensläufe anders konzipieren, sie an die viel längere Lebenserwartung anpassen – und nicht, wie bisher, gleichsam mit der Pferdekutsche des 19. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert herumfahren ... Wir brauchen eine Kalenderreform unseres Lebens!“ Und an anderer Stelle heißt es: „Indem wir das Altern umdefinieren, helfen wir unseren Kindern mehr als dadurch, dass wir ständig um die verpassten Geburten von 1984 weinen. Die hat es nicht gegeben. Und die damals nicht geboren worden sind ... werden auch niemals Kinder auf die Welt bringen.“

Also, fangen wir an mit der „Kalenderreform unseres Lebens“! Lassen wir das Erwachsenenalter früher und das Seniorenalter später beginnen!

Doch zur Erinnerung zuerst einige Fakten zum demographischen Wandel.

### *1. Die zunehmende Lebenserwartung*

Um 1900 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung etwa 45 Jahre, heute hat bei uns ein neugeborener Junge eine Lebenserwartung von 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen von knapp 82 Jahren. Der 60-Jährige hat schon heute noch eine durchschnittliche weitere Lebenserwartung von etwa 25 Jahren. Das heißt: Wenn man heute in Rente geht, hat man noch mehr als ein Viertel seines Lebens vor sich – bei besserer Gesundheit und höherer Kompetenz, als dies vor Jahrzehnten der Fall war.

Wir werden älter und sind dabei gesünder als Generationen vor uns – warum sollen wir nicht länger arbeiten? Schon 1968 hatte der damalige Sozial- und Arbeitsminister

Hans Katzer zu einem Hearing zur „Flexibilität der Altersgrenze“ eingeladen. Das Ergebnis: Wissenschaftler aller Fachrichtungen waren sich einig über eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit, und die FAZ berichtete: „... Flexibilität kann ausnahmsweise auch bedeuten eine Flexibilität nach unten.“ – Und was wurde daraus? Aufgrund der wirtschaftlichen Situation hatte sich die Flexibilität plötzlich in einem Alter zwischen 65 und 63 Jahren eingependelt.

Aber wir haben nicht nur eine zunehmende Langlebigkeit, sondern auch eine verlängerte Jugendzeit. Man beginnt später mit der Berufstätigkeit, man heiratet später (wenn überhaupt, denn von den 40-Jährigen sind heute nur 37 Prozent verheiratet), man gehört in allen politischen Parteien bis zu einem Alter von 35 Jahren zu den Jugendorganisationen. Also: Bis 35 ist man „Jugend“, ab 45 bereits „älterer Arbeitnehmer“, ab 50 wird man als „zu alt“ betrachtet für einen neuen Job, und ab 55 spricht einen die „Seniorenwirtschaft“ an, zählt man zu den Senioren. „Vom BAFÖG in die Rente“ – kann das ein Lebensziel sein? Wir sind eine „Gesellschaft ohne Lebensmitte“!

*Herausforderung:*

*Wir brauchen eine Kalenderreform unseren Lebens! Wir müssen unsere Lebensläufe anders konzipieren: früherer Berufsbeginn (setzt entsprechende schulische Bildung voraus – und günstigere wirtschaftliche Situation) und späteres Berufsende (setzt berufsbegleitende Weiterbildung und eine gesundheitsfördernde Arbeitswelt voraus).*

## *2. Eine alternde Welt*

Der Anteil der über 60-Jährigen liegt heute in Deutschland über 25 Prozent wird 2050 über 38 Prozent liegen, in Spanien über 44 Prozent, in Italien über 42 Prozent und in Österreich bei etwa 41 Prozent, in der Schweiz bei etwa 39 Prozent. – Gehört also bald jeder zweite Bürger zu den Senioren?

Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich in allen genannten Ländern verdrei- bis vervierfachen, derjenige der über 100-Jährigen steigt in Deutschland von heute etwa 10.000 auf über 44.000 im Jahre 2025 und auf über 117.000 im Jahre 2050 – bei dann reduzierter Gesamtbevölkerung.

Dass Altern nicht Abbau und Verlust von Fähigkeiten bedeuten muss, wissen wir; dass bei vielen Menschen mit zunehmendem Alter gewisse Einschränkungen im körperlichen Bereich gegeben sind, ist allerdings ebenso ein Faktum.

### *Herausforderung:*

*Wir müssen alles tun, um möglichst gesund und kompetent alt zu werden. Der Aspekt der Prävention muss weit mehr beachtet werden – schon von Jugend an (Schulsport, Interessenentwicklung, Ausbildung etc)!*

*Die Zunahme der Hochaltrigen verlangt den Ausbau verschiedener Hilfsdienste (u. a. auch Haushaltshilfen im Sinne der „Au-pair-Mädchen“ ermöglichen) und eine Qualitätssicherung der Pflege.*

Doch das Altern unseres Volkes ist auch durch den Geburtenrückgang bedingt. Die geringste Fertilitätsrate hat zwar zurzeit Spanien (1,22 Kinder), gefolgt von dem angeblich so kinderfreundlichen Italien (1,25), von Griechenland (1,30) und Österreich (1,32). In Deutschland haben wir einen Durchschnitt von 1,34 Kindern je Frau im gebärfähigen Al-

ter. Vom Geburtsjahrgang 1950 blieben nur 11 Prozent der Frauen kinderlos, vom Jahrgang 1960 21 Prozent, für den Jahrgang 1965 rechnet man mit 33 Prozent – doch von den 40-jährigen Akademikerinnen sind es heute bereits 44 Prozent! Demnächst wird Deutschland bei PISA-Studien noch mehr Schlusslicht sein, denn die Intelligenz der Kinder korreliert nicht mit der Schulbildung des Vaters, sondern mit der der Mutter!

Die höchste Kinderzahl (1,89) haben Irland und Frankreich, wobei in Irland religiöse Gründe eine Rolle spielen dürften, in Frankreich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dass sich Kinder und Karriere bzw. Berufstätigkeit durchaus verbinden lassen zeigen andere europäische Länder (Island mit einer Frauenerwerbsquote von 82,3 Prozent, Norwegen, Dänemark und Schweden mit je 76 Prozent und höheren Geburtenraten als bei uns). Vergleichen wir die Quote der Fremdbetreuung der unter 3-Jährigen (Day-care-Center, Tagesmütter), so erreicht diese in Dänemark 64 Prozent, in den USA 54 Prozent – und in Deutschland lediglich 10 Prozent.

Die Gründe des Geburtenrückgangs sind vielseitig und liegen

- in den seit den 60er Jahren gegebenen besseren Möglichkeiten der Familienplanung (Stichwort „Pille“);
- im Verlust des „instrumentellen“ Faktors (Kind als Arbeitskraft, als persönliche Alterssicherung, als „Stammhalter“ bzw. Namensträger);
- in der einseitigen öffentlichen Diskussion zum Stichwort „Kind als Kostenfaktor“, bei der verschwiegen wird, dass Kinder auch Freude machen und eine enorme Bereicherung des Lebens sind; dass im Grunde genommen diejenigen „arm“ sind, die keine Kinder haben – auch wenn sie sich jetzt vielleicht mehr leisten können;
- in der verlängerten Jugendzeit, in der manchmal bis in das vierte Lebensjahrzehnt hineinreichenden Berufsaus-

bildung und in dem immer weiter hinausgeschobenen Heiratsalter (auch mitbedingt durch die gesellschaftliche Akzeptanz enger partnerschaftlicher Beziehungen ohne Trauschein);

- in den immer häufigeren und immer länger dauernden Single-Haushalten und der damit verbundenen stärkeren Ausprägung eigener Individualität. – Während in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts die Frau bis zu ihrer Heirat im Elternhaus wohnte (und sie so zur Anpassung an die Lebensgewohnheiten anderer gezwungen war), danach sehr schnell Kinder bekam, die wiederum eine Anpassung verlangten, geht sie heute mit 18 oder 20 Jahren aus dem Haus und lebt selbständig, allein. In dieser Zeit mehrjährigen Alleinwohnens, in der oft ein ganz eigener, individueller Lebensstil kreiert wird und in dem sich auch Eigenheiten und Gewohnheiten herausbilden, kann bereits die Anpassung an einen Partner, erst recht aber an Kinder, sehr erschwert werden.

*Herausforderung:*

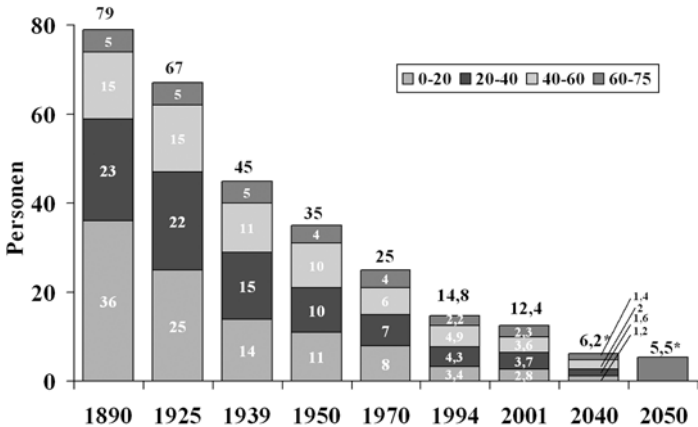
*Das Ja zum Kind stärken (auch wenn dies nur sehr begrenzt dazu beitragen kann, die Alterung unserer Gesellschaft zu verhindern) durch*

- *Vereinbarkeit von Familie und Beruf,*
- *Image-Wandel: eine berufstätige Mutter ist keine Rabenmutter,*
- *bessere Rahmenbedingungen für die berufstätige Frau,*
- *Betreuungsmöglichkeiten, Tagesmütter,*
- *qualifizierte Betreuung, nicht „Aufbewahrung“,*
- *garantierte Halbtagschule (von 8.00–13.00 Uhr),*
- *qualifizierte Ganztagschule.*

### 3. Das veränderte Verhältnis zwischen den Generationen

Auf einen über 75-Jährigen kamen vor 100 Jahren noch 79 Personen, die jünger waren; heute kommen auf einen über 75-Jährigen nur noch ungefähr 12,4 Personen. Wenn unsere heutigen 30-Jährigen einmal 75 sind, werden ihnen nur 6,2 Personen gegenüberstehen, die jünger als 75 sind, 1,2 unter 20-Jährige; 1,6 20- bis 40-Jährige, 2 40- bis 60-Jährige und 1,4 60- bis 75-Jährige (siehe Abbildung).

Auf einen über 75-Jährigen kommen



\* Schätzung aufgrund der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2002

75-Jährige sind noch lange nicht pflegebedürftig, aber gewisse Einschränkungen (in der Sensorik: Sehen und Hören, der Mobilität, der Sensibilität etc.) sind oft gegeben. Umweltbedingungen können zusätzlich zur Einschränkung des Lebensraumes beitragen.

*Herausforderung:*

*Wir brauchen eine altengerechte (= menschengerechte) Umwelt, auch unter dem Aspekt der Prävention, d. h. der Gewährung eines möglichst gesunden und kompetenten Alterwerdens bei lang erhaltener Selbständigkeit. – Stadtentwicklung, Wirtschaft und Industrie haben sich darauf einzustellen.*

Wir haben auch strukturelle Unterschiede: Vom 3-Generationen-Haushalt zum 2- und 1-Generationenhaushalt bis hin zum 1-Personenhaushalt. 37 Prozent aller Haushalte sind 1-Personen-Haushalte, in Großstädten liegt die Zahl sogar über 50 Prozent. 5- und mehr-Personen-Haushalte liegen nicht einmal bei 5 Prozent! Das hat Auswirkungen sowohl auf die Kinderbetreuung als auch auf Hilfeleistungen für ältere Menschen.

Gleichzeitig haben wir eine Entwicklung von der 3- zur 4- und 5-Generationenfamilie, in der die einzelnen Generationen aber meist entfernt voneinander wohnen, die „multilokale Mehrgenerationenfamilie“, die eine „Bohnenstangenfamilie“ ist, d. h., weil es in ihr an Schwestern und Brüdern, Cousins und Cousinen, Onkeln und Tanten, Nichten und Neffen, Schwägerinnen und Schwäger etc. fehlt. – Da der Mensch aber auch Kontakt innerhalb der eigenen Generation braucht, muss er sich diesen außerhalb der Familie suchen. Im Schul- und Berufsalter ist dieser zwar leichter zu finden, aber auch Kinder (deswegen auch Kindergärten schon für Kleinstkinder) und Senioren brauchen Kontakt zu ihresgleichen.

*Herausforderungen:*

*Mannigfache Hilfsdienste sind erforderlich. Daher gilt es vermehrt Hausmeister-Dienste zu schaffen, Nachbarschaftshilfen zu organisieren; Kontaktmöglichkeiten zu begünstigen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.*



#### 4. Vom 3-Generationen-Vertrag zum 5-Generationen-Vertrag

Der 3-Generationen-Vertrag ist schon heute zu einem 4- bzw. 5-Generationen-Vertrag geworden. Er wurde bekanntlich Ende des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen und besagt, dass diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, durch ihre Steuern und Beiträge für jene aufzukommen haben, die noch nicht ins Erwerbsleben eingetreten sind, wie auch für jene, die bereits aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind.

Damals lag das durchschnittliche Eintrittsalter in das Berufsleben zwischen 15 und 16 Jahren: Berufsschule gab es (leider) noch nicht, eine weiterführende Bildung oder gar ein Studium konnten sich nur wenige leisten – Frauen schon gar nicht. Das Schuleintrittsalter lag bei 5 Jahren und die Volksschulzeit betrug 8 Jahre. So hatte man bereits mit 15 Jahren sein erstes Geld verdient (wenn auch wenig) und seine Beiträge abgeführt, also auch in die Rentenkassen einbezahlt. – Die Altersgrenze für Berufstätige wurde unter Bismarck auf 70 Jahre festgelegt, ein Alter, das damals die meisten Menschen gar nicht erreichten (die durchschnittliche Lebenserwartung betrug um die Jahrhundertwende bei uns ganze 45 Jahre!). Erst 1916 wurde die Altersgrenze reduziert und auf 65 Jahre festgelegt. Das heißt also, dass die 15- bis 70-Jährigen für jene aufzukommen hatten, die noch nicht 15 und schon über 70 Jahre alt waren – und das waren um 1900 gerade mal 2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dieser Generationenvertrag funktionierte lange Zeit. „Die Rente ist sicher“ – das konnte man damals und auch noch in der Mitte des letzten Jahrhunderts (Adenauer) sagen.

Doch wie sieht es heute aus? Wir haben ein durchschnittliches Berufs-Eingangsalter – allerdings nach Abschluss der Berufsschule – bei 25 Jahren. Das durchschnittliche Alter beim ersten Universitätsabschluss liegt bei 28 Jahren. Und das Berufsende liegt heute faktisch bei 58/59 Jahren, begüns-

tigt durch Vorruhestand, Frühverrentung, Sozialpläne und Altersteilzeit. Tatsache ist, dass die Gruppe der im Erwerbsleben Stehenden – d. h. die 25- bis 58/59-Jährigen – für all diejenigen aufzukommen hat, die noch nicht im Berufsleben stehen (und das sind zuweilen zwei Generationen, da mancher 30-jährige Student sein Kind bereits im Kindergarten hat), und vor allem für die große Gruppe jener Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Und das sind nicht – wie noch vor 100 Jahren – 2 Prozent der Bevölkerung, sondern über 25 Prozent, und häufig ebenfalls 2 Generationen. Denn Mutter und Tochter, Vater und Sohn zugleich im Rentenalter, das ist heute keine Seltenheit mehr.

Dass dann die Generation der im Erwerbsleben Stehenden über zu hohe Abgaben stöhnt, ist verständlich. Die zunehmende Langlebigkeit muss berücksichtigt und der Einbau eines demographischen Faktors in die Rentenberechnung zur Notwendigkeit werden. Doch die Entwicklung vom 3- zum 5-Generationen-Vertrag ist nicht nur demographisch bedingt, sondern auch durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation mitbestimmt. Und vor allem: Auch hier fällt neben der zunehmenden Langlebigkeit auch die verlängerte Jugendzeit stark ins Gewicht.

Zunächst einmal ist hier zu bedenken, dass viele der heutigen Rentner – oft gegen ihren Wunsch – vorzeitig aus dem Berufsleben ausgestiegen sind, um den Jungen einen Arbeitsplatz zu sichern. Das ist auch gut so. Nur, dann dürfen diese Jungen nicht kommen und den Rentnern diese „Rentenlast“ und „Alterslast“ vorwerfen und über erhöhte Einzahlungen in die Rentenkassen klagen.

Außerdem ist zu bedenken, dass viele der heutigen Rentner ein 45-jähriges Berufsleben hinter sich haben – was die jungen Aufbegehrer nie erreichen werden. Viele der heutigen Rentner kannten noch die 60-Stunden-Woche, bestimmt aber die 48- und 45-Stunden-Woche. Der Samstag war für sie ein voller Arbeitstag – und der Urlaub

betrug 12 Tage im Jahr, Samstage mit eingerechnet (ab 1957 dann 14 Tage im Jahr). Außerdem sollte man bedenken, dass die heutigen Rentner für ihre Berufsausbildung – und zwar auch für die Lehre – noch selbst zahlen mussten; an ein Azubi-Gehalt oder Bafög war nicht zu denken. Vielfach mussten sie auch noch ganz für die Berufsausbildung ihrer Kinder zahlen. Sie haben mehr Kinder großgezogen als die heutige jüngere Generation – und das in Kriegs- und Nachkriegszeiten, in denen es weder Erziehungsgeld bzw. Kindergeld noch Erziehungsurlaub gab. Weiterhin sollte wenigstens erwähnt werden, dass die Staatsausgaben im Bereich der Bildung, von denen ja hauptsächlich jüngere Generationen profitieren, enorm gestiegen sind. Das ist notwendig und unbedingt zu begrüßen, sollte aber bei einer Analyse der Chancen und Herausforderungen der Generationen nicht vergessen werden.

Die meisten der heute 60- bis 65-Jährigen (und auch viele noch ältere) sind durchaus arbeitsfähig, viele auch arbeitswillig – aber sie werden frühzeitig aus dem Arbeitsleben verabschiedet. In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen sind in Deutschland nur 43 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen noch im Erwerbsleben; in der Schweiz hingegen 77 Prozent der Männer und 50 Prozent der Frauen, in Norwegen 72 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen. Sicher sind unsere „älteren Arbeitnehmer“ nicht unfähiger als die in anderen Ländern, aber dank gutgemeinter Schutz-Gesetze, die jedoch Bumerang-Charakter haben, kommen Ältere den Arbeitgeber, der sie dann nicht mehr kündigen kann, viel teurer. Also bemüht man sich, mittels Sozialplänen zuerst die „Älteren“ sozialverträglich abzubauen, begründet das dann aber mit der angeblich nachlassenden Leistungsfähigkeit und der mangelnden Innovationsfähigkeit. Es gibt keine einzige Studie, welche eine nachlassende Innovationsfähigkeit mit zunehmendem Alter aufgezeigt hat. Im Gegenteil, es liegen viele Studien vor,

welche die Kompetenzen gerade der Älteren herausstellen: Ältere zeigen häufig ein größeres berufliches Engagement als Jüngere, wissen über soziale Verknüpfungen besser Bescheid, haben einen größeren Überblick über die Gesamtsituation, sehen gleichzeitig Möglichkeiten und Grenzen und haben in bestimmten Bereichen ein „Expertenwissen“ erworben, das man bei Jüngeren gar nicht erwarten kann. Freilich, wir brauchen die Dynamik und auch die Risikofreude der Jüngeren, wir brauchen aber auch die Übersicht, die Erfahrung und die Fähigkeit des Abwägens der Älteren. Wir brauchen ein Miteinander der Generationen und nicht ein Schüren des Generationenkonfliktes!

*Herausforderungen:*

*Zunächst müssen wir unsere Lebensläufe anders konzipieren:*

- *früherer Schulbeginn, frühes Erlernen einer Fremdsprache,*
- *Leistungsmotivation (und Stressbewältigung) durch Benotung steigern,*
- *Abitur nach 12 Schuljahren,*
- *frühere Familiengründung fördern,*
- *Studienzeit verkürzen,*
- *früherer Berufsbeginn (wie in anderen EU-Ländern),*
- *berufsbegleitende Weiterbildung,*
- *längere Lebensarbeitszeit (setzt allerdings entsprechende wirtschaftliche Situation voraus).*

*Dann gilt es für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen zu sorgen durch:*

- *Erhöhung der Arbeitszeit, denn „Arbeit schafft Arbeit“,*
- *berufsbegleitende Weiterbildung,*
- *„gesundheitsbewusste“ Arbeitsplätze,*
- *größere Flexibilisierung (Altersgrenze flexibel, unbezahlter Urlaub),*

- früheren Berufseinstieg und späteres Berufsende; Reduzierung des Urlaubs.

Schließlich müssen diverse (Über-)Regulierungen neu überdacht werden, z. B.:

- Lockerung des Kündigungsschutzes (zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen),
- Aufgabe des Senioritätsprinzips (stattdessen Bezahlung nach Leistung),
- spezifische Vorschriften, die zu analysieren und zu überarbeiten bzw. zu streichen sind (z. B. die Vorschrift, dass die Betreuung mehrerer Kinder nur dann möglich sein soll, wenn auch ein Kinder-WC vorhanden ist),
- Schaffung von bezahlbaren Arbeitsplätzen für unqualifizierte Arbeitnehmer.

### *5. Alter muss nicht Pflegebedürftigkeit bedeuten*

Pflegebedürftigkeit ist kein notwendiges Altersschicksal. Wir werden älter, sind dabei aber gesünder als Generationen vor uns. Das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit wird oft überschätzt.

Pflegebedürftigkeit schlägt erst in der Gruppe der 85-Jährigen und älteren zu Buche. Hier sind es etwa 35 Prozent der Bevölkerung.

Dennoch wird es in Zukunft Probleme in der Pflegeversicherung geben, da heute noch etwa 70 Prozent durch Angehörige (kostengünstiger) gepflegt werden, was demnächst nicht mehr möglich sein wird. Denn die Familienpflege hat ihre Grenzen; in absehbarer Zeit werden keine Angehörigen mehr da sein, die die Pflege übernehmen können. Die Gründe dafür sind:

1. Pflegebedürftigkeit tritt in einem höheren Alter auf (Multimorbidität),

2. Ehefrau/Partnerin ist dann auch älter und kann Pflege nicht mehr leisten,
3. keine Kinder vorhanden,
4. wenn Kinder, dann keine Geschwister, die sich die Pflege teilen können,
5. immer seltener wohnen Kinder am Wohnort der Eltern (Mobilität gefordert),
6. immer mehr Frauen sind berufstätig (weniger Töchterpotenzial als Pflegende),
7. zunehmende Scheidungsraten ohne Wiederverheiratung (keiner wird die Ex-Schwiegermutter pflegen).

Das heißt: Die ambulante und die stationäre Pflege müssen ausgebaut werden!

Eine zukunftsorientierte Politik muss sich aber auch stärker um Behinderte und Pflegebedürftige kümmern, sie muss die im Pflegegesetz verankerte Forderung „Rehabilitation vor Pflege“ durchsetzen und die Präventionsmaßnahmen weit stärker fördern als bisher! – Sie muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass Familienpflege in Zukunft ihre Grenzen hat und ein Ausbau der ambulanten Pflege wie auch der institutionellen Pflege (in den unterschiedlichsten Wohnformen) nötig sein wird.

*Herausforderungen:*

*Wir müssen zunächst alles tun, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Dazu gehört u. a. der Ausbau der Prävention, der Ausbau der ambulanten und stationären Einrichtungen, eine Stärkung der Qualifikation in der Pflege, eine stärkere Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen sowie eine Ausbildung innerhalb aller medizinischen Berufe und medizinischen Hilfsberufe in Gerontologie/Geriatrie.*

*Wir brauchen einen weiteren Ausbau der Altersforschung und keine Schließung erfolgreich arbeitender Institutionen wie das Deutsche Zentrum für Altersforschung!*

*Wir brauchen ferner interdisziplinär ausgerichtete gerontologische Grundlagenforschung, die uns Wege aufzeigen kann zu einem möglichst gesunden und kompetenten Älterwerden!*

### *Abschließende Bemerkung*

Eine zukunftsorientierte Politik muss eine Politik nicht nur *für*, sondern vor allem *mit* und zum Teil auch *von* alten Menschen sein. Sie muss endlich ältere Menschen als eine bedeutsame Zielgruppe politischen Handelns begreifen. Unsere Gesellschaft ist alles andere als altenfreundlich. Weit stärker als bisher hat die Politik in einer „Gesellschaft des langen Lebens“ die Aufgabe, für eine altersgerechte Umwelt zu sorgen, um eine selbständige Lebensführung möglichst lange zu gewährleisten.

Eine zukunftsorientierte Politik muss zum anderen den Beitrag älterer Menschen für unsere Gesellschaft erkennen, würdigen und fördern. Sie muss vor allem Rahmenbedingungen schaffen, die es älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erlauben, ihre Fähigkeiten einzusetzen – in Bezug auf die Arbeitswelt, die Weiterbildung und auch in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement (erste Ansätze sind hier mit der Schaffung von Seniorenbüros bereits gegeben.) Die Verantwortung älterer Menschen für sich selbst und die Mitverantwortung Älterer für die Gesellschaft muss deutlicher aufgezeigt und gefördert werden.

Eine zukunftsorientierte Politik muss zu einem veränderten, positiveren Altersbild beitragen, muss die Kräfte und Stärken des Alters in der Öffentlichkeit viel deutlicher thematisieren, muss erkennen, welche bedeutende Rolle gerade ältere, erfahrene Menschen in der Gesellschaft (in Wirtschaft und Politik – und da nicht nur als Wähler!) spielen können, sofern man nur ihre Kompetenzen erkennt

und anerkennt. Denn gerade auch die Politik muss ihren Beitrag leisten dazu; muss das immer noch negativ verzerrte Altersbild wieder zurechtrücken (was etwa damit beginnen könnte, im Wahlkampf nicht immer nur auf „Verjüngung“ zu setzen und den „Generationenwechsel“ zu propagieren). Nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Politik würde manchmal der „alte Bellheim“ ganz gut tun!